

Start zur Zukunftskonferenz der EU

Bedingt durch Corona startet ein Jahr verspätet am heurigen 9. Mai, dem alljährlichen Europatag, die Zukunftskonferenz der EU. Vor dem Hintergrund steigender Nationalismen und Populismen in zahlreichen EU-Mitgliedstaaten und sinkender Bedeutung von Europa in der Welt bei gleichzeitig wachsenden Herausforderungen für unsere Lebensweise und Werte macht die immer noch mangelnde Identifizierung mit der Notwendigkeit eines gemeinsamen Handelns und Auftretens auf EU-Ebene und in der Welt – wie es zuletzt auch über die Corona-Krise sichtbar geworden ist – verantwortungsbewussten Politikern zunehmend Sorge. Die Zukunftskonferenz wird von allen drei großen EU-Institutionen (Parlament, Rat und Kommission) gleichermaßen getragen und soll nach deren gemeinsamer Erklärung „einen neuen Raum für die Debatte mit den Bürgerinnen und Bürgern eröffnen, um sich mit den Herausforderungen und Prioritäten Europas auseinanderzusetzen. Die europäischen Bürgerinnen und Bürger aus allen Gesellschaftsschichten und aus allen Ecken der Union werden daran teilnehmen können, wobei junge Europäerinnen und Europäer eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der Zukunft des europäischen Projekts spielen.“ Alle drei Institutionen haben sich in ihrer gemeinsamen Erklärung auch dazu verpflichtet, den Empfehlungen der Konferenz Folge zu leisten. Ziele, Organisation und Bereitschaft zur Umsetzung zeugen von großer Ernsthaftigkeit und lassen auf Erfolg des Vorhabens hoffen – vorausgesetzt, es gelingt wirklich, möglichst breite Kreise der Bevölkerung in diesen Prozess einzubeziehen.

„Die EU“ wirkt selbst nach mehr als 70 Jahren ihres Bestehens für allzu viele Menschen in Europa noch wie ein fernes Wesen, das gesteuert von überheblichen Apparatschiks in Brüssel über unser Leben bestimmt, ohne dass wir Bürger und Bürgerinnen irgendeinen Einfluss nehmen könnten. Erhard Busek hat einmal treffend formuliert: „Wenn wir über die EU reden müssen wir keineswegs wie US-Bürger strammstehen und die Hand aufs Herz legen, wir sollten uns aber dabei auch nicht die Hände vor den Kopf schlagen!“ Diesen Vergleich fortführend wird wohl kein Texaner sagen „die USA haben beschlossen“, höchstens „Washington hat beschlossen“. Unser Wir-Gefühl, wenn wir von der EU sprechen, ist noch immer höchst unterentwickelt! Das hat vielfache Gründe, die durchaus in unserer Geschichte, Kultur, Sprachenvielfalt und in der besonderen Konstruktion der EU, aber auch im Verhalten von manchen Politikern auf verschiedenen Ebenen in den Mitgliedstaaten und an einigen Medien liegen. Der Erfolg der Zukunftskonferenz wird daher in hohem Maße auch von deren aktiver Mitwirkung und Unterstützung abhängen.

Bildhaft dargestellt kann die derzeitige Situation mit zwei übereinander angeordneten Pyramiden verglichen werden. Auf die traditionelle Staatspyramide mit der Bürgerschaft an der Basis und den darüberliegenden Ebenen von lokaler, regionaler und gesamtstaatlicher Ebene wurde eine weitere Pyramide, eben die EU-Ebene aufgesetzt. Das ergibt eine Situation, die leicht aus dem Gleichgewicht geraten kann und in der die Kommunikation zwischen den beiden Elementen äußerst schwierig ist. Das Ergebnis ist die vielfach gehörte Feststellung: „Die EU hat entschieden“.

Diese Situation gilt es zu stabilisieren und den Zusammenhalt zwischen den beiden Pyramiden zu verbessern. Dazu müssen die Beiden zu einer einzigen, stabileren vereinigt werden. Ohne die Form der Pyramiden zu verändern, muss dazu die Basis der unteren Pyramide verbreitert werden. Das bedeutet, die Bürgerschaft zu stärken, ihr mehr Bedeutung und Gehör zu verschaffen und sie am europäischen Geschehen mehr zu interessieren. Das ist das Ziel der Zukunftskonferenz. Das erfordert aber auch, dass die Kommunikation zwischen allen darunterliegenden Ebenen und der EU-Ebene verbessert werden muss. Die kommunale Ebene kann beispielsweise EU-Gemeinderäte einsetzen, die entsprechend informiert, in ihren Gremien und in der Gemeindebevölkerung mehr Verständnis für EU-Agenden bewirken können. Auf regionaler Ebene kann durch grenzüberschreitende

Zusammenarbeit und mediale Formate (z.B. ORF Kärnten „servus, srecno, ciao“) mehr Verständnis für benachbarte Sprachen und Kulturen wachsen. Auf Ebene der Mitgliedstaaten wäre es dringend notwendig, die Mitwirkung aller Regierungsmitglieder an den Entscheidungen in den diversen EU-Ministerräten auch durch entsprechende Kommunikation zu Hause bewusst zu machen und das leidige „Brussels bashing“ (gute Entscheidungen haben wir – schlechte hat die EU getroffen) sollten sie tunlichst sein lassen! So könnte aus dem „die EU hat entschieden“ endlich ein Bewusstsein entstehen, dass wir „auf EU-Ebene gemeinsam entscheiden“.

Der legendäre Kommissionspräsident Jacques Delors hat einmal resignierend gemeint, einen Binnenmarkt kann man nicht lieben. Die EU ist inzwischen weit mehr als ein Binnenmarkt. Wir müssen sie trotzdem nicht lieben, aber wertschätzen und bewusst sein, dass sie notwendig ist, um unsere Werte und Lebensweise im Wettbewerb mit anderen Systemen zu schützen und zu fördern. Einen Beitrag können wir dazu mit unserer Mitwirkung an der Zukunftskonferenz leisten.

https://europa.eu/european-union/conference-future-europe_de

<https://futureu.europa.eu/>

DI Karl G. Doutlik

